SCHWERPUNKTKLAUSUR VERTRAGSARZTRECHT

Als Gesetzestexte können das SGB V und die Ärzte-ZV in der bis 31.12.2012 geltenden Fassung benutzt werden bzw. entsprechende Gesetzessammlungen.

Es sind alle beiden Aufgaben zu bearbeiten.

Aufgabe 1

1. Erläutern Sie anhand der §§ 95 Abs. 1 Satz 1 und 116 SGB V, wer primär zur vertragsärztlichen Tätigkeit berechtigt ist.
2. Skizzieren Sie die Unterschiede des § 116b SGB V zur vertragsärztlichen Versorgung?
3. Erläutern Sie kurz Sinn und Zweck einer sachlich-rechnerischen und einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, geben Sie auch die Rechtsgrundlagen und Zuständigkeiten an.

Aufgabe 2

Der zur vertragsärztlichen Versorgung zugelassene Gynäkologe X wird von zwei Patientinnen wegen sexueller Belästigung angezeigt. X räumt den Vorwurf ein. Das Verfahren wird gegen eine Geldzahlung eingestellt. Die Approbationsbehörde leitet ein Verfahren zur Entziehung der Approbation ein. Nach Absprache der Behörde mit X gibt dieser seine Approbation zurück. Im Gegenzug erteilt ihm die Approbationsbehörde unter der Auflage einer Psychotherapie nach § 8 BÄO eine auf zwei Jahre befristete Berufserlaubnis für eine ärztliche Tätigkeit in seiner eigenen Praxis. Die (bestandskräftige) Erlaubnis steht unter der auflösenden Bedingung, dass die Auflage erfüllt wird. Dies gilt auch für den Fall, dass erneut eine Beschwerde von Patientinnen wegen sexueller Belästigung erfolgt.

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) beantragt beim Zulassungsausschuss (ZA) die Entziehung der Zulassung. Diese lehnt der ZA ab. In der Begründung heißt es, X habe nachdrücklich beteuert, sich den Patientinnen in keiner Weise ungebührlich genähert zu haben. Er habe nur deshalb eine Schuld eingestanden und auf die Approbation verzichtet, um weiteren Schaden zu vermeiden. Es sei für ihn von höchster Priorität, diese Vorfälle nicht öffentlich werden zu lassen, um das Ansehen seiner Familie zu schützen. Nach der glaubhaften Schilderung des Arztes habe er, der ZA, erhebliche Bedenken, ob der Verlust der Approbation gerechtfertigt sei. X habe die Approbation zurückgegeben, ihm sei sie nicht entzogen worden. In diesem besonderen Einzelfall akzeptiere er die Berufserlaubnis als ausreichend für eine weitere ärztliche Tätigkeit. Die KV legt Widerspruch ein.

1. a) Ist die KV berechtigt, Widerspruch einzulegen? Falls ja, unter welchen Voraussetzungen?
b) Wer entscheidet über den Widerspruch nach welcher Vorschrift?
2. a) Unter welchen Voraussetzungen kann eine vertragsärztliche Zulassung entzogen werden?
b) Wie wird die Widerspruchsbehörde hier entscheiden?
c) Welche Möglichkeit besteht grundsätzlich anstelle einer Zulassungsentziehung?
d) Sind die Zulassungsgremien an die Entscheidung der Approbationsbehörde gebunden oder könnten sie z.B. einen Approbationsentzug auf seine Rechtmäßigkeit hin selbst überprüfen?
3. a) Kann X seine vertragsärztliche Tätigkeit noch ausüben? Unterstellen Sie, die Zulassung wurde durch die Widerspruchsinstanz entzogen.
b) Falls ja, unter welchen Voraussetzungen kann dies verhindert werden?
4. Unterstellen Sie eine Verurteilung nach § 174c StGB (Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-, Behandlungs- oder Betreuungsverhältnisses). Welche Folgen kann dies in beruflicher Hinsicht haben bzw. welche Sanktionsmöglichkeiten bestehen allgemein insgesamt, nicht nur vertragsarztrechtlich?

§ 8 Bundesärzteordnung (BÄO)

- (1) Bei einer Person, deren Approbation oder Bestallung wegen Fehlens oder späteren Wegfalls einer der Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 zurückgenommen oder widerrufen worden ist oder die gemäß § 9 auf die Approbation verzichtet hat und die einen Antrag auf Wiedererteilung der Approbation gestellt hat, kann die Entscheidung über diesen Antrag zurückgestellt und zunächst eine Erlaubnis zur Ausübung des ärztlichen Berufs bis zu einer Dauer von zwei Jahren erteilt werden.
- (2) Die Erlaubnis wird nur widerruflich und befristet erteilt; sie kann auf bestimmte Tätigkeiten und Beschäftigungsstellen beschränkt werden. Personen, denen die Erlaubnis erteilt worden ist, haben im übrigen die Rechte und Pflichten eines Arztes.

§ 9 BÄO

Auf die Approbation kann durch schriftliche Erklärung gegenüber der zuständigen Behörde verzichtet werden. Ein Verzicht, der unter einer Bedingung erklärt wird, ist unwirksam.